

Antrag der Fraktion der CDU

Gymnasium mit Integrationsprofil für den Bremer Westen gründen

An die schulische Ausbildung werden immer höhere Anforderungen gestellt. Neben der individuellen Vermittlung von Kompetenzen, Wissen und Werten zum Erwerb einer Berufs- und Studierfähigkeit treten zunehmend gesellschaftspolitische Anforderungen wie Integration und mehr Chancengerechtigkeit, insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund. Zugleich bestimmen schulische Abschlüsse und soziales Umfeld maßgeblich über Lebenschancen. Besondere sprachliche oder kulturelle Kenntnisse und Fähigkeiten von Kindern mit Migrationshintergrund dürfen zukünftig nicht hauptsächlich als Lernhindernisse aufgefasst werden; vielmehr können diese mit einem entsprechenden Schulangebot zu Chancen gewandelt werden.

Gerade in Stadtteilen mit sozial schwierigem Hintergrund ist das Angebot für eine gymnasiale Ausbildung an allgemeinbildenden staatlichen Schulen in Bremen unterrepräsentiert. So wird im Bremer Westen – räumlich zwischen den Gymnasien in der Innenstadt und dem Gymnasium Vegesack in Bremen-Nord gelegen – kein entsprechendes Angebot vorgehalten. Dieses führt nicht nur zu einer Unterdeckung gymnasialen Bedarfs bezogen auf das gesamte Stadtgebiet, sondern auch zu einer strukturellen Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler in dieser Region. Auf den von der Bildungssenatorin durch steigende Schülerzahlen unterstellten Bedarf nach zusätzlichen Schulplätzen in der Sekundarstufe I im Bremer Westen darf nicht einseitig und ausschließlich mit einem Oberschulangebot reagiert werden. Dieses wird weder den Potentialen der Schülerinnen und Schülern, noch dem Bedarf nach einem umfassenden schulischen Angebot gerecht.

Wirkungsvolle Integration, sozialer Ausgleich und die Erlangung auch höher qualifizierender Bildungsabschlüsse bedürfen der Präsenz entsprechender Bildungseinrichtungen vor Ort. Deshalb nützen den Menschen im Bremer Westen die im Zweifelsfall kaum bekannten und anonymen Schulangebote in anderen Stadtteilen wenig, die im Ergebnis unterdurchschnittlich häufig angewählt werden. Zu vorhandenen Lernhindernissen kultureller, familiärer und sozialer Art sollten aber nicht noch weitere Hindernisse wie räumliche Distanz und persönliche Anonymität hinzukommen. Auch der Bremer Westen braucht ein vollständiges regionales Schulangebot mit der Möglichkeit zu persönlicher Kommunikation und Beratung, damit durch unverschuldete Unkenntnis bestehende Hindernisse abgebaut und ein bildungsfreundliches Klima in den Stadtteilen des Bremer Westen weiter befördert wird. Dazu gehört als Anschlussmöglichkeit an die Grundschule auch ein Gymnasium vor Ort, denn wer Leistung fördern möchte, muss ein entsprechendes und Schularten bezogen vollständiges Schulangebot als Teil einer attraktiven

Bildungslandschaft vorhalten. Dieses kann gleichzeitig Teil einer umfassenden Stadtteilentwicklungspolitik sein und die Attraktivität und Anziehungskraft der Region für Bewohner und Zuzugswillige steigern.

Ein Gymnasium für den Bremer Westen braucht ein entsprechendes Profil und bedarf dazu auch entsprechender Freiräume. Ausgehend von einem klar definierten gymnasialen Leistungsanspruch und einem vorzugsweise gebundenen Ganztagsbetrieb soll ein integrativ-sprachliches Profil mit dem Schwerpunkt in türkischer, russischer oder polnischer Sprache, eventuell auch in einem bilingualen Rahmen, angeboten werden. Dadurch sollen spezifische Talente und Kompetenzen gefördert und eine individuelle und soziale Leistungsfähigkeit mit dem Ziel entwickelt werden, die Voraussetzungen für ein Studium oder eine höherwertige berufliche Ausbildung zu schaffen. Weitere Unterrichtsangebote wie z.B. Islamkunde können den Bezug zu bestehenden regionalen Lebenswelten herstellen und diese sinnvoll integrieren. Spezifisch auszugestaltende und auszustattende Unterrichtskapazitäten sollen für die Schülerinnen und Schüler für den Regionalbereich typische Defizite mit dem Ziel ausgleichen, in einer von den in Deutschland üblichen Kulturtechniken und Anforderungen geprägten Ausbildungs-, Studien- und Berufswelt zahlreicher als bisher erfolgreich sein zu können.

Die Stadtgemeinde Bremen würde damit nicht nur deklaratorisch sondern durch konkretes Handeln ihrer Verantwortung für Integration, soziale Gerechtigkeit und Stadtentwicklung in benachteiligten Quartieren entsprechen, sondern einen durch das aktuelle Anwahlverhalten für weiterführende Schulen ausgewiesenen regionalen und stadtweiten Bedarf an gymnasialen Schulplätzen, perspektivisch auch für den Oberstufenbereich, decken. Ein solcher Schritt vorausschauender und innovativer Schulentwicklung würde neben Aspekten der Integration und eines langfristig orientierten sozialen Ausgleichs Modellcharakter für zeitgemäße Talentförderung, bürgernahe, integrative und bedarfsorientierte regionale Stadtteilentwicklung und zukunftsorientierte schulische Profilbildung in einem Projekt zusammenfassen.

Die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) möge daher beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. die Einrichtung eines Gymnasiums für den Bremer Westen zu prüfen. Dabei sollen Aspekte und Bedarfe des ethnischen, kulturellen und sozialen Umfeldes besondere Berücksichtigung finden. Zielsetzungen sollen insbesondere die Förderung der Integration, die Reduzierung sozialer Nachteile beim Erwerb der allgemeinen Hochschulreife, sowie die Gewährleistung einer regional ausgewogenen und vollständigen Schulstruktur sein. Bei der Prüfung sollen die regionalen Gremien und die Betroffenen von Beginn an einbezogen werden. Neben einer konzeptionellen Profilanalyse soll auch die Prüfung eines geeigneten Standortes — insbesondere des Standortes Ohlenhof — einbezogen werden.
2. bis zum Abschluss der Prüfung alle weiteren Planungen und Maßnahmen zur Umsetzung der Neugründung der Oberschule Ohlenhof zum Schuljahr 2012/13 auszusetzen. Hierfür ggf. zur Verfügung stehende Mittel sollen für die Realisierung der Neugründung eines Gymnasiums im Bremer Westen genutzt werden.

3. der Stadtbürgerschaft bis zum 30.09.2012 unter Beteiligung der städtischen Bildungsdeputation einen Bericht zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Dr. Thomas vom Bruch, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp
und die Fraktion der CDU